

Starnberg

Zu Berichterstattung und diversen Leserbriefen der vergangenen Wochen zum Bürgerentscheid am Sonntag, 15. April, zur Bebauung des ehemaligen Gautinger Grundschulareals an der Bahnhofstraße:

Die Bürgerinitiative „Gauting Aktiv“ wird in Medien und Leserbriefen immer wieder mit dem Hinweis angegriffen, dass das von ihr initiierte Bürgerbegehren trotz einer vorausgegangenen umfassenden Bürgerbeteiligung ins Leben gerufen worden sei. Die Gemeinde betont, sie informiere doch ausreichend über ihre Planungen im Rahmen von Veranstaltungen oder auf dem Wege der Bekanntgabe auf der gemeindlichen Website. Es ist jedoch ein grundlegender Unterschied, ob die Bürger über Fakten und Beschlüsse lediglich informiert oder ob diese vom Anbeginn an in die Entwicklung eines Projektes aktiv und intensiv mit einbezogen werden. Diese Form der Einbindung ist in Gauting nicht erfolgt.

Partizipation ist heute Standard und immer dann angezeigt, wenn Größe oder Art des Vorhabens sowohl die unmittelbaren Nachbarn als auch die Gemeindebewohner in ihrer Gesamtheit tangieren. Oder wenn eine Maßnahme von breitem öffentlichen Interesse ist und das lokale Vor-Ort-Wissen einfließen soll. Optimal ist mit der Beteiligungsarbeit zu beginnen, bevor ein Vorhaben in der Öffentlichkeit (Medien, Bürgerversammlungen, Petitionen, Initiativen) kursiert. Oder bevor es bereits Unterschriftenlisten gibt und ein Bürgerbegehren der Politik die Entscheidung abnimmt.

Die Bürgerbeteiligung befördert die Herstellung einer breiten Interessensbasis bei betroffenen und interessierten Bürgern, sie fördert den Interessenausgleich der verschiedenen am Projekt beteiligten Zielgruppen wie Bevölkerung, Nutzer, Verwaltung, Investoren, Politik oder Architekten. Sie trägt dazu bei, frühzeitig Konflikte zu erkennen. Auch eine Verbesserung der Planungsergebnisse ist zu erwarten. Die Akzeptanz bei der endgültigen Umsetzung ist gewährleistet, weil sichergestellt ist, dass das lokale Vor-Ort-Wissen eingeflossen ist. Das gegenseitige Vertrauen der Öffentlichkeit in die Politik sowie in die Akteure von Planungswettbewerben und von Planungsverfahren wird gestärkt. Die genannten, sich in vielerlei Hinsicht positiv auswirkenden Fakten sollten alle Träger öffentlicher Belange dazu veranlassen, ihre Bürger von Anbeginn an in die Projektarbeit aktiv einzubinden.

Die derzeit in der Gemeinde Gauting im Zusammenhang mit dem Projekt „Bebauung Grundschulareal“ in Teilen unsachlich und kontrovers geführte Diskussion ist kontraproduktiv. Sie kostet Kraft, Zeit und finanzielle Ressourcen und ist der Maßnahme selbst nicht förderlich. Bisher war die Haltung eines Teiles des Gemeinderates jedoch die, man sei nicht gewählt worden, um mit den Bürgern zu diskutieren, sondern um zu entscheiden. Dies sollte sich ändern. Die Bürger sind heute umfassend informiert und am Geschehen in ihrem Wohnbereich interessiert. Hier spielt auch der heute so geläufige Begriff Heimat eine große Rolle. *Helmut Ammer, Gauting*

Verbiestert und aggressiv

Was ist das für eine Diskussion über Formulierungen im Bürgerentscheid gegenüber dem Bürgerbegehren? Es werde gelogen, dem Bürger werde nur eine Planänderung „vorgespiegelt“, der Wähler werde getäuscht und in die Irre geführt, und so weiter. Zur Klarstellung: Im Bürgerbegehren wurde gefragt, ob der Unterschreibende dafür sei, dass „...die derzeitige Planung nicht weiter verfolgt“ werde, und darüber soll am 15. April entschieden werden. Die GautingAktiv-Gegner – ich würde sie GautingPassiv nennen – versteifen sich in ihrer Argumentation, die irgendwie einem einheitlichen Konzept zu folgen scheint, aggressiv auf Verfahrensfragen und Formulierungen des Bürgerentscheids.

Die Auseinandersetzung wird auf einen Nebenkriegsschauplatz verlegt. Wo bleibt die eigentliche Sachdiskussion? Wo erklären diese Leute, weshalb sie für die vorgesehene Baumasse sind? Wie begründen sie, dass sie die aus der derzeitigen Planung sich ergebenden, extremen Verkehrsprobleme akzeptieren wie neue Kreuzung Bahnhof-, Ammersee-, Hubert-Deschler-Straße plus Ein- und Ausfahrt am Neubau? Sind sie dafür, dass der P&R-Platz am Bahnhof in der vorgesehenen Planung für Monate nicht verfügbar sein wird, weil er wegen des Omnibus-Parkplatzes unter die Erde verlegt werden soll? Und sind sie dafür, dass in Zukunft die Zufahrt zum P&P-Platz nur noch von der Ammersee-Unterführung aus möglich sein wird? Finden sie es richtig, dass die Gemeinde für die aus den derzeitigen Plänen des Investors folgenden Straßenbaumaßnahmen und die Änderung des PR-Platzes bis zu fünf Millionen Euro ausgeben soll? Sehen sie keine lebensgefährliche Situation, wenn der Radstreifen in der Bahnhofstraße entlang des Neubaus direkt neben Parkbuchten angelegt wird? Was ist schlimmer: eine vorübergehend begrünte Brache für vielleicht zwei Jahre, oder ein Baukoloss, der zig Jahre stehen bleiben und das Bahnhofareal dominieren wird? Auch interessiert mich, welche Beweggründe der Gruppe GautingAktiv für ihre Aktionen unterstellt werden.



Das ehemalige Grundschulareal an der Gautinger Bahnhofstraße soll bebaut werden. Die Planung – hier das Model des Investors – ist umstritten und wird am 15. April Gegenstand eines Bürgerentscheids sein. FOTO: SCHUBAUER VON JENA/OW

LESERFORUM ZUM BÜRGERENTSCHEID IN GAUTING AM 15. APRIL

Kontroverse Auseinandersetzung

In diesem Zusammenhang fragt man sich auch, was das eigentliche Motiv der Bürgermeisterin und der CSU-Gemeinderatsfraktion ist, sich derartig unflexibel an den derzeitigen Investor zu binden. Hat man von vornherein auf einen „Plan B“ verzichtet? Musste deshalb in den letzten Monaten derartig verbiestert und aggressiv gestritten werden? Es lohnt sich, die Flugblätter von GautingAktiv genau und unvoreingenommen zu lesen.

Hansjörg Hägele, Gauting

Was ist die Alternative?

Jetzt dürfen die Gautinger abstimmen. Ist eigentlich inzwischen klar, über welche Alternativen die Bürger entscheiden können? Bekannt ist, was der Gautinger Ge-

minderat mit dem Ratsbegehren bestätigt bekommen möchte: 60 Mietwohnungen sollen entstehen. Gut für ganz normale Bürger, junge berufstätige Paare, ältere Gautinger, die eine Wohnung in einem Haus mit Aufzug suchen. Ein Edeka- und ein DM-Markt werden eröffneten – gut für S-Bahn Pendler, so ist kein Wochengroßeinkauf mit dem Auto mehr nötig. Gut für die Geschäfte auf der Bahnhofstraße – wer Butter und Milch beim Edeka besorgt, kann gegenüber Bücher kaufen – gerade wegen Amazon & Co wichtig für ein lebendiges Zentrum von Gauting. Verkehrsplanung mit Busparkplatz, Schulkinder kommen sicherer zur Schule.

Aber über welche Alternative stimmen wir ab? GautingAktiv ist gegen diese Bebauung, kritisiert werden alle möglichen Aspekte. Sie wissen aber nicht einmal, über welche Frage abgestimmt werden soll. Welches alternative Konzept wurde erarbei-

tet? Wo kann man die Baupläne von GautingAktiv anschauen? Welchen Investor hat GautingAktiv begeistert, diese Pläne zu finanzieren, damit das finanzschwache Gauting nicht 10 Millionen Euro zurückzahlen muss? All dieses liegt nicht vor, es gibt keinen neuen Investor. GautingAktiv hat nämlich gar kein alternatives Konzept erarbeitet, über das wir Bürger entscheiden könnten. Es ist wie so oft im Leben: Kritisieren ist leicht. Eine – vielleicht – bessere Alternative zu erarbeiten ist schwer. Für GautingAktiv in jedem Fall zu schwer.

Was macht nun der Gautinger, der durch Beruf und Familie gar nicht die Zeit hat, alle Informationen selbst zu studieren, dem aber nicht egal ist, was in seinem Ort passiert? Er sollte sich davon leiten lassen, wem er vertraut. Entweder dem demokratisch gewählten Gemeinderat, der nach gründlicher Abwägung aller Gesichtspunkten eine nahezu einstimmige Entschei-

dung gefasst hat? Oder einer privaten Gruppe von sechs Personen, von niemandem gewählt, ohne Haftung und Verantwortung für die Folgen ihres Handelns für Gautings Finanzen?

Ich habe mich intensiv mit der Planung der Gemeinde auseinandergesetzt und mir genau angeschaut, wer hinter GautingAktiv steckt und was deren Vertreter sagen. Unser Vertrauen sollte bei dieser Abstimmung dem Gemeinderat gehören. Wem Gautings Zukunft am Herzen liegt, stimmt mit „Ja“ beim Ratsbegehren, „Nein“ beim Bürgerbegehren und für das Ratsbegehren bei der Stichfrage.

Dr. Andreas Albath, Gauting

Kleiner ist besser

Manche Kritiker des Bürgerbegehrens wollen es einfach nicht wahrhaben: „Wir sind der Meinung, dass das ganze Bauvorhaben kleiner und besser zum Grundstück und zu Gauting passend gestaltet werden soll“, hieß es bereits in Blockschrift auf den Unterschriftenlisten von GautingAktiv. Wo ist da die „bewusste Täuschung“ der unterzeichnenden Bürger? Wo ist da die „Maske“, die nunmehr fallen gelassen wird?

Die Formulierung des Ratsbegehrens spricht vom Bau eines Edeka- und dm-Marktes. Dass wir dieses auch wollen, dürfen wir dagegen nicht schreiben, sondern es gereicht uns sogar noch zum Vorwurf. Dazu müssen wir uns auch noch gegen eine finanzielle und publizistische Übermacht wehren, nur weil wir uns für ein lebenswerteres Gauting einsetzen und dabei ein demokratisches Recht wahrnehmen, von dem übrigens vor zehn Jahren die jetzige Bürgermeisterin beim Bau der neuen Realschule ebenfalls umfangreichen Gebrauch gemacht hatte.

Warum wird so vieles einfach nicht zur Kenntnis genommen? Warum wird auf die von uns kritisierten Punkte so wenig eingegangen? Zwar werden wir immer wieder aufgefordert, unsere Vorstellungen zu äußern. Aber weder die Bürgermeisterin noch die Ratsmehrheit zeigen irgendein Interesse an Gesprächen, an der Suche nach den in unserer Gesellschaft so dringend benötigten Kompromissen.

Eckhard Müller-Guntrum, Bürgerinitiative „GautingAktiv“

Leserbriefe stellen keine redaktionelle Meinungsäußerung dar, dürfen gekürzt und digital publiziert werden unter Angabe von Name und Wohnort. Briefe ohne Nennung des vollen Namens werden nicht veröffentlicht. Sie erreichen die SZ per E-Mail unter LKR-Starnberg@sueddeutsche.de. Bitte geben Sie stets Ihre Adresse und Telefonnummer an.